



## **Wasser-, Wind- und Solarprojekte hängen durch Regierungsturz in der Luft. Ökostrom-Vertreter drängen auf Sondersitzung. Und: was die Branche von Fotovoltaik-Plan der ÖVP hält.**

**Von Ulrich Dunst**

**E**s wiederholt sich im Tagestakt: Auf politische Be-  
teuerungen, „jetzt aber  
wirklich“ gegen den Klimawan-  
del anzukämpfen, folgt die um-  
gehende Replik von Betroffenen  
verschiedenster Branchen, „dass  
die Politik schon längst was tun  
könnte, wenn sie nur wollte“.

Aktuellstes Fallbeispiel: Der  
Ausbau erneuerbarer Energien –  
immerhin hat sich die letzte Re-  
gierung ja zur Erreichung der  
Paris-Vorgaben zum Ziel gesetzt,  
hierzulande bis 2030 hundert  
Prozent des Stroms aus erneuer-  
baren Quellen zu speisen.

Nach Zusammenbruch der  
Regierung hängt nun aber der  
geplante Ausbau bzw. Weiterbe-  
trieb von Ökostromprojekten  
(Kleinwasserkraft, Fotovoltaik,  
Wind, Biomasse) in der Luft –  
weil Tarife vielfach auslaufen



# Ökostrom-Ausbau steckt im Parlament fest



Links: Bernd Lippacher und Paul Ablinger (Kleinwasserkraftwerke). Oben: Herbert Paierl  
FUCHS 2, ADOBE STOCK, KK



oder keine neuen Projekte gebaut werden können. Weil das „Erneuerbare Ausbau Gesetz“, das die Förderleitlinien fürs nächste Jahrzehnt hätte regeln sollen, nun also nicht kommt, flicken die Parteien dieser Tage an einer Art „Notstrom-Gesetz“ für die Ökobranche.

**Wenige Tage vor der Wahl**, am 25. oder 26. 9., wollen die Parteien die Novelle der Ökostromnovelle beschließen. „Das kommt für viele von uns aber zu spät. Wir brauchen jetzt eine Sondersitzung, sonst geht sich die Umsetzung heuer nicht mehr aus, weil sie ja auch durch Bundesrat und Prüfung in Brüssel muss“, sagen Bernd Lippacher und Paul Ablinger, die Sprecher im Verband der 4000 heimischen Kleinwasserkraftwerke (650 in der Steiermark, die 530.000 Haushalte mit Strom versorgen).

Konkret harren laut Ablinger „110 sofort umsetzbare, vollständig bewilligte Kleinwasserkraftprojekte“ mit einer Leistung von 34 Megawatt in der Warteschlange, davon ein Drittel in der Steiermark. „Da ist jeder Monat ein verlorener Monat, wenn man die Klimaziele nur annähernd erreichen will“, so Ablinger. Ökologisch vertretbar, sagen die beiden Interessenvertreter, die selbst Kleinwasserkraftwerke betreiben, sei insgesamt sogar ein weiterer Leistungsausbau um 600 Megawatt möglich. „Allerdings geht es hier vorrangig um Revitalisierung und Effizienzsteigerung alter bestehender Kraftwerke“ bzw. um die energetische Nutzung von bestehenden Einrichtungen, die jetzt schon an, in und um Flüsse stehen (z. B. Geschiebesperren). In diesem Punkt gibt es aber Gegenwehr von WWF

und Umweltschutzverbänden, die keinen weiteren Ausbau der Wasserkraft wollen.

„Die fehlenden Fördermittel werfen die Branche um Jahre zurück“, sieht auf Solarebene auch der steirische Ex-Landesrat Herbert Paierl, neuer Chef von „Photovoltaik Austria“, einen „dramatischen Handlungsbedarf“. Allein im Solarstrombereich müsste die aktuell jährlich installierte Leistung (150 bis 180 Megawatt) verzehnfacht werden, um die Klimaziele zu erreichen. „Da wichtige Förderlinien aber auslaufen, droht beim Ausbau ein Einbruch um ein Drittel“, so Paierl.

Und was hält die Solarbranche vom jüngsten ÖVP-Wahlkampfthema, alle Bundesgebäude (z. B. Schulen) mit einer Fotovoltaikanlage zu versehen? „Nett“, sagt Lippacher, der mit

## Die „Notstrom-Pläne“

Die Übergangs-Ökostromreform (es braucht eine Zwei-Drittel-Mehrheit) wird notwendig, weil das geplante „Erneuerbaren Ausbau Gesetz“ durch den Regierungsturz nicht kommt.

Die ÖVP will Förderungen von 40 Mio. Euro für Windkraft, 5 Mio. für Kleinwasserkraft, 30 Mio. für Biomasse/Biogas und 15 Mio. für Fotovoltaik und Speicher freimachen.

Die SPÖ wiederum will für Windkraft 45 Mio. Euro, für Kleinwasserkraft ebenfalls 5 Mio. und für Fotovoltaik und Speicher 20 Mio. Euro.

Ob und wie stark Biomasse-Kraftwerke 2020 gefördert werden sollen, ist aktuell noch ein Streitpunkt zwischen ÖVP und SPÖ – die Neos versuchten, mit einem Kompromissvorschlag zu vermitteln.

seinem Murtaler Unternehmen Ökosolar auch Fotovoltaik-Großanlagen realisiert. Aber: „Interessenten und Flächen gibt es genug. Wie bei allen anderen steht und fällt auch bei der Bundesgebäude-Idee alles damit, ob es Fördermittel gibt.“

Auch die Vertreter der Biomasse pochen auf baldige Klarheit, wie es mit jenen Holzkraftwerken weitergeht, deren fixe Tariflaufzeit von 13 Jahren ab 2020 ausläuft. Für alle Betroffenen, deren Tarif schon 2019 ausläuft, wurde wie berichtet heuer im Frühjahr eine Übergangsregelung – nach einem äußerst holprigen Weg – geschaffen. Damals hatte ja der SPÖ-dominierte Bundesrat die von Türkis-Blau gefundene Regelung blockiert. Die später erzielte Notmaßnahme – die Umsetzung über die Länder – sei aber noch nicht überall erfolgt, kritisieren die Biomasse-Vertreter.

**Wind, Sonne, Wasser, Biomasse** – wie groß ist da eigentlich die Konkurrenz untereinander, schließlich gibt es nur einen Ökostrom-Budgettopf? „Wir haben nach den Anfangsjahren erkannt, dass es nur gemeinsam geht“, sagt Lippacher. Im Juli haben alle Erneuerbaren-Interessenverbände ein gemeinsames Büro in Wien bezogen.